

Landrat warnt

Millionen-Zuschuss zu Hartz IV unsicher

Von Michael Schwarz, 02.10.10, 07:00h

Zuweilen muss ein Landrat auf die „Spaßbremse“ drücken. Zwar habe er „großes Verständnis“ für die Forderung der Bürgermeister, der Kreis möge die 10,5 Millionen Euro der Hartz-IV-Rückzahlungen an die Städte und Gemeinden weiterleiten.

KREIS EUSKIRCHEN - Doch Rosenke warnt: „Noch wissen wir gar nicht, ob es am Ende so viel sein wird.“

Denn die bisherigen Berechnungen des Landes könnten ins Wanken geraten. Das NRW-Verfassungsgericht hatte festgestellt, dass die Zuschussverteilung zu den Hartz IV-Mietkosten ungerecht war. Daraufhin hatte die Landesregierung neue Berechnungen aufgestellt, die Gewinner und Verlierer hatte. Die Stadt Recklinghausen etwa würde demnach 41,5 Millionen Euro erhalten, Köln könnte sich über 7,1 Millionen Euro freuen, der Rhein-Erft-Kreis über 21 Millionen Euro.

Zu den Verlierern zählen der Rhein-Sieg-Kreis, der laut Land 12,1 Millionen zu viel Zuschüsse erhalten hatte und diese nun zurückzahlen soll, ebenso wie die Stadt Bonn, die 8,6 Millionen Euro zurückzahlen soll. Ganz bitter hat es den Kreis Düren erwischt: Der hatte, wie auch der Kreis Euskirchen, wegen der ungerechten Zuschuss-Verteilung beim Verfassungsgericht geklagt - und möglicherweise ein Eigentor geschossen. Denn laut den Berechnungen des Landes hat der Kreis Düren 5,3 Millionen Euro zu viel Zuschüsse erhalten, die nun in dem großen Topf landen sollen, der für die benachteiligten Kommunen - also auch für den Kreis Euskirchen - gefüllt werden muss.

Nun wäre es aber naiv zu glauben, dass die Verlierer-Kommunen sich ihrem Schicksal ergeben würden. Und darum mahnt Rosenke vor allzu großer Vorfreude, die dann in Enttäuschung umschlagen könnte. In der Tat hat sein Dürener Kollege, Wolfgang Spelthahn, Ungereimtheiten bei der Verteilung des Geldes ausgemacht. „Es ist in keiner Weise nachzuvollziehen, dass die Kommunen, die einen Rechtsstreit gegen das Land gewonnen haben, nun keine höhere Entlastung des Landes bekommen sollen. Hier ist dringender Handlungsbedarf beim Land gegeben“, sagt Spelthahn.

Er hat Ministerium und Landkreistag aufgefordert, sich nochmals mit dem Berechnungsmodell zu befassen. Es stehe also nicht fest, welche Summe letztlich den Kreis Euskirchen erreichen werde, so Rosenke. Wann und wie viel Geld auch immer in den Kreis fließen sollte, er könne die Forderungen der Gemeinden und Städte gut nachvollziehen: „Das Wasser steht uns ja allen bis zum Hals.“ Allerdings müsse über das Ansinnen der Kommunen letztlich der Kreistag bestimmen - und da hat Rosenke auch nur eine Stimme von insgesamt 55.

Bei diesen Beratungen dürfte auch eine Rolle spielen, dass den Kreis bereits jetzt Mehrausgaben belasten, die bei den Haushaltsberatungen für dieses Jahr noch nicht eingeplant werden konnten. Erst am Dienstag hatte der Kreisausschuss Mehrausgaben von einer Million Euro für die Jugendpflege genehmigt: Die Zahl der Jugendlichen, die der Hilfe bedürfen, war in den letzten Monaten unerwartet stark gestiegen.